

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 17.05.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:31 Uhr bis 17:56 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),
André Cierpinski	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Katharina Hintz	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Tom Wolter	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
	Vertreter von Herrn Aldag

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister
	Beigeordneter für Finanzen und Personal
Uwe Stäglin	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
Waldemar Roesler	Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung/Nahverkehr
	Fachbereichsleiter Immobilien
	Abteilungsleiter Hochbau
Martina Beßler	Controllerin GB I
Yvonne Gumpert	Controllerin GB II
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Yvonne Merker	Protokollführerin

Gäste:

Stefan Schanne	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Dr. Dennis Müller	Zoodirektor und Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH

Entschuldigt fehlten:

Herr Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
---------------------	--------------------------------

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Anfrage von Herrn Thomas zum Schuldenbericht**

Herr Thomas teilte mit, dass ein Schuldenbericht über die letzten 25 Jahre interessant und wünschenswert wäre, ebenso die Angabe über Investitionsquellen und laufende Kosten. Des Weiteren fragte er, wann der nächste Bericht veröffentlicht wird.

Herr Geier erklärte, dass dazu regulär alle zwei Jahre ein Bericht erstellt wird. 2016 wird es eine Information zu den Schulden von den Jahren 2014 und 2015 geben. Eine Rückbetrachtung auf die vergangenen 25 Jahre ist sehr aufwändig. Dabei sind viele organisatorische Faktoren zu beachten sowie die Vorgabenänderungen zu Buchungen durch das Land und die Umstellung von der Kameralistik zur Doppik. **Herr Geier** sagte, dass er sich dahingehend mit seinem Bereich auseinandersetzen wird.

zu **Anfrage von Herrn Fritz zu Kita-Beiträgen**

Herr Fritz erkundigte sich zur Verwendung von Kita-Beiträgen. Er merkte an, dass in Debatten häufig die Rede von nicht vorhandenen Mitteln ist. Er stellte fest, dass es richtig heißen müsste: die Mittel sind nicht mehr verfügbar. Es handelte sich um eine Streiksituation, in der für diese Zeit kein Lohn und Gehalt gezahlt wurde.

Die Eltern, deren Kinder während des Streiks nicht betreut wurden, haben ihre Beiträge gezahlt, informierte **Frau Brederlow**. Es heißt aber nicht, wenn eine Erzieherin streikt, dass eine ganze Kindergruppe nicht betreut wird. Sie wies darauf hin, dass die Elternbeiträge nicht in Gänze als Gehalt an die Erzieherinnen gezahlt werden.

Zur Aussage, dass das Geld nicht da ist sagte **Frau Brederlow**, dass dies mit dem Wirtschaftsplan zusammenhängt. Aus den Streiks heraus haben sich ebenso Mehrkosten ergeben sowie Kosten für den laufenden Betrieb (Energie etc.).

Herr Fritz fragte abschließend, ob es Rücklagen im Eigenbetrieb Kindertagesstätten gibt und wenn ja, wie hoch diese sind.

Frau Brederlow erklärte, dass der Eigenbetrieb keine Überschüsse erwirtschaftet. Des Weiteren sind vorhandene Rücklagen aus den Vorjahren aufgebraucht.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Dr. Meerheim**.

Herr Dr. Meerheim stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim informierte, dass zu den folgenden Tagesordnungspunkten eine Nichtbehandlung erfolgen sollte, da es auf Grund der fehlenden finanziellen Auswirkungen keine Zuständigkeit des Finanzausschusses gibt:

- 5.6. Zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: VI/2016/01627
- 5.7. Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/01782

Des Weiteren sollte der Punkt

- 6.3. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2015/01296

vertagt werden, da der Fachausschuss diesen ebenfalls vertagt hat.

Herr Krause schlug vor den Tagesordnungspunkt

- 6.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG und GWG
Vorlage: VI/2015/01404

zu vertagen und die Thematik in der Arbeitsgruppe zu beraten. Wenn dann ein Ergebnis vorliegt, sollte der Antrag wieder in den Ausschüssen diskutiert werden. **Herr Wolter** stimmte dem im Namen seiner Fraktion nicht zu, er wünschte sich eine Beratung am heutigen Tag.

Zum Tagesordnungspunkt

- 6.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Erreichbarkeit des Zoos mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Vorlage: VI/2016/01653

bat **Herr Feigl** um Erteilung des Rederechts für **Herrn Dr. Müller**, Zoodirektor und Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH.

Herr Dr. Meerheim bat um Abstimmung zum Rederecht, dem stimmten die Stadträtinnen und Stadträte zu.

Herr Geier informierte, dass es zum

- 6.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/01658

einen Bericht im Hauptausschuss geben wird. **Herr Dr. Meerheim** sowie **Herr Krause** erklärten, dass der Antrag in der heutigen Sitzung abgestimmt werden sollte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2016
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VI/2016/01875
- 5.2. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: VI/2016/01848
- 5.3. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Umwelt
Vorlage: VI/2016/01797
- 5.4. Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2016 für das Vorhaben Stützmauer MMZ im Finanzhaushalt
Vorlage: VI/2016/01869
- 5.5. „Änderung der "Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusgIS)"
Vorlage: VI/2016/01695
- 5.6. Zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: VI/2016/01627 *Nichtbehandlung*
- 5.7. Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/01782 *Nichtbehandlung*

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/01658
 - 6.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG und GWG
Vorlage: VI/2015/01404
 - 6.3. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2015/01296 *vertagt*
 - 6.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Erreichbarkeit des Zoos mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Vorlage: VI/2016/01653
 - 6.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/01768
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anreise der Besucher*innen des Zoos und zum geplanten zweiten Parkhaus
Vorlage: VI/2016/01902
8. Mitteilungen
 - 8.1. Controllingbericht per 31.03.2016
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2016

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 19.04.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es wurden in der Sitzung am 19.04.2016 keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle** **Vorlage: VI/2016/01875**

Frau Plath fragte, warum der Beschlusspunkt unter 1. b) eingefügt wurde und ob es eine Abstimmung mit der Kommunalaufsicht gab.

Zu ersten Frage erklärte **Herr Schanne**, dass es dazu eine Aufforderung des Finanzamtes gab. Im Vorfeld der Erstellung der Vorlage gab es Abstimmungen mit der Kommunalaufsicht; dabei wurde zugesichert, dass das Verfahren korrekt ist.

Herr Wolter erkundigte sich zur angepassten Darstellung des Kalenderjahres in Verbindung mit der Spielzeitplanung.

Darauf antwortete **Herr Schanne**, dass dieser Vorgang sinnvoll ist. Dadurch passt sich die Planung an die Haushaltsplanung an. Die Theater, Oper und Orchester GmbH unterstützt dies.

Herr Dr. Meerheim bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) § 1 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt geändert:

„Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Zur Umstellung auf das Kalenderjahr ist der Zeitraum vom 1. August 2016 bis zum 31. Dezember 2016 ein Rumpfgeschäftsjahr. Sollte eine Eintragung der Änderung des Gesellschaftsvertrages im Handelsregister nach dem 01. August 2016 erfolgen, beginnt das Rumpfgeschäftsjahr mit dem Zeitpunkt der Eintragung und endet am 31. Dezember 2016.“

- b) In § 2 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages wird folgender Satz 5 eingefügt:

„Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.“

2. Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 5.2 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: VI/2016/01848**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

*nach § 33 KVG Sachsen-Anhalt vom Mitwirkungsverbot betroffene Mitglieder: Frau Hintz,
Herr Scholtyssek*

Beschlussempfehlung:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2015 entlastet.

**zu 5.3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt
und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das
Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Umwelt
Vorlage: VI/2016/01797**

Herr Wolter erkundigte sich, ob es weitere Anträge aus den Geschäftsbereichen auf Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben gibt.

Herr Geier bestätigte dies; vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten liegt ein solcher Antrag für ca. 1,6 Mio. EUR vor. Daraus wird sich der Nachtragswirtschaftsplan für den Bereich ergeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.53701 Abfallentsorgung (HHPL Seite 386)
Sachkontengruppe 54 Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von **375.100,00 EUR**

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_2-670_1 Umwelt (HHPL Seite 397)
Finanzpositionsgruppe 74 Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von **375.100,00 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

Zu I.

1.53701 Abfallentsorgung (HHPL Seite 386)

Sachkontengruppe 43 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von **375.100,00 EUR**

Zu II.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

16_2-670_1 Umwelt (HHPL Seite 397)

Finanzpositionsgruppe 63 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von **375.100,00 EUR**

**zu 5.4 Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2016 für das Vorhaben Stützmauer MMZ im Finanzhaushalt
Vorlage: VI/2016/01869**

Herr Scholtyssek bat darum, dass die PSP-Elemente in den finanziellen Auswirkungen ausgeschrieben werden. Es ist nicht erkenntlich, welches Sachkonto sich hinter der Nummer verbirgt. **Herr Geier** nahm die Anregung auf.

Herr Feigl erkundigte sich zu den Erläuterungen der Deckungsnachweise.

Herr Stäglin erklärte, dass sich der Deckungsvorschlag angeboten hat. Die Bewilligung der Städtebaufördermittel für die Stützmauer erfolgte schneller, als für den Gebäudekomplex. Dementsprechend sieht die Verwaltung kein Problem, diese Maßnahme als Finanzierungangebot zu unterbreiten.

Herr Dr. Meerheim bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2016 für das Vorhaben Stützmauer MMZ in Höhe von **265.000 EUR** PSP-Element 8.51108052.700.

**zu 5.5 „Änderung der "Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im
Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung
(AusglS)"
Vorlage: VI/2016/01695**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die zweite Änderung der Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS).

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 6.1 **Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis**
Vorlage: VI/2016/01658
-

Herr Krause informierte, dass der Antrag auf Grund der Diskussion im letzten Stadtrat von den Antragstellern in mehreren Beschlusspunkten und in der Begründung geändert wurde.

Herr Dr. Meerheim bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, folgende Formen der Leistungserbringung nach § 12 RettDG LSA für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis zu prüfen:
 - a. Die eigene Leistungserbringung durch einen Eigenbetrieb Rettungsdienst im gesamten Rettungsdienstbereich
 - b. Die Leistungserbringung durch Konzession an andere Leistungserbringer
2. ~~Für die Varianten 1. a. und 1. b. sind zugleich die Auswirkungen auf den Katastrophenschutz zu prüfen und darzulegen.~~
Die Prüfung der Varianten 1. a. und 1. b. soll jeweils insbesondere unter Beachtung folgender Aspekte in vergleichender Perspektive erfolgen:
 - **Möglichkeiten der qualitativen Verbesserung der Leistungserbringung im Verhältnis zum Status Quo**
 - **Steuerungsmöglichkeiten des Trägers des Rettungsdienstes in Bezug auf die Leistungserbringung**
 - **Anfallende Zusatzkosten der Leistungserbringung, die nicht vom Kostenträger erstattet werden**
 - **Umgang mit der Leistungserbringung im Rettungsdienstbereich Nördlicher Saalekreis (inkl. möglicher Lösungen im Falle der Gründung eines Eigenbetriebes)**
 - **Absicherung weitgehend einheitlicher und angemessener Lohnzahlung, Arbeitsorganisation und Rettungsmittel in der Leistungserbringung**
 - **Auswirkungen auf den Katastrophenschutz**
 - **Kosten von Ausschreibung (z.B. Ausschreibungen von Konzessionsleistungen und Ausschreibungen im Betrieb eines Rettungsdienstes, z.B. für Rettungsmittel)**
3. **In Bezug auf die Variante a. soll das Prüfergebnis die Darstellung eines Szenarios der Gründung eines funktionsfähigen Eigenbetriebs Rettungsdienst enthalten.**
4. ~~3-~~Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am ~~30. März~~ **22. Juni** 2016 unter Abwägung beider Varianten zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses vorzulegen.

5. Sollte das laufende Verfahren zur Vorbereitung der Konzessionsvergabe die abwägende Grundsatzentscheidung des Stadtrates dergestalt einengen, dass diese de facto vorweggenommen wird, so ist das Verfahren anzuhalten. In diesem Fall wird die Stadtverwaltung beauftragt, mit den aktuellen Dienstleistern Optionen einer zeitlich begrenzten Verlängerung auszuhandeln. Die Ergebnisse sind dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

zu 6.2 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG und GWG**
Vorlage: VI/2015/01404

Herr Wolter führte in den Antrag ein. Er fragte, wie die Verwaltung damit umgehen wird.

Herr Stäglin erklärte, dass der Antrag nur einen Aspekt des wohnungspolitischen Konzeptes darstellt. Dabei werden verschiedene Instrumente als Hilfsmittel abgefragt um sich derer zu bedienen. Zum angepassten Antrag gibt die Verwaltung eine positive Stellungnahme.

Auf Grund dieser Aussagen, vertagte **Herr Wolter** den Antrag.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

~~Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der HWG und GWG zu beschließen, dass ab sofort bei Wohnungsbau- und Sanierungsprojekten, mindestens 20 Prozent der vorgesehenen Wohneinheiten als Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten (angelehnt an den Ansatz der Kosten der Unterkunft) vorgehalten werden.~~

Zur Reduzierung weiterer sozialer Entmischung (Gentrifizierung) in den Wohngebieten der Stadt Halle soll im Rahmen der Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes eine mögliche Verpflichtung der städtischen Wohnungsgesellschaften erwogen werden, bei Wohnungsbau- und Sanierungsprojekten angemessene Anteile der geplanten Wohneinheiten (zum Beispiel 20 Prozent) durch kostengünstige Ausstattung oder Fördermitteleinwerbung als Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten (angelehnt an den Ansatz der Kosten der Unterkunft) zu schaffen.

zu 6.4 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Erreichbarkeit des Zoos mit öffentlichen Verkehrsmitteln**
Vorlage: VI/2016/01653

Herr Feigl führte in den Antrag ein.

Herr Wolter teilte mit, dass die Thematik in vorangegangenen Ausschüssen bereits ausgiebig diskutiert wurde. Der Aspekt für den Finanzausschuss sollte auf den finanziellen Auswirkungen liegen. Er schlug vor, die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie abzuwarten, um dann eine Entscheidung zu treffen. Des Weiteren sagte er, dass solch ein Kombiticket nicht mit der HAVAG angeboten werden kann, nur mit dem MDV bzw. der Deutschen Bahn. Er regte an, den Antrag dahingehend anzupassen.

Herr Scholtyssek erkundigte sich, welche Kosten für den Zoologischen Garten entstehen würden und ob es möglich wäre, das Parkhaus für die ansässigen Anwohner gegen Gebühr anzubieten.

An 36 Tagen im Jahr ist das Parkhaus voll besetzt, informierte **Herr Dr. Müller**. Dabei handelt es sich überwiegend um Wochenendtage. An anderen Tagen ist das Parkhaus zu ca. 75 % ausgelastet. Aktuell gibt es 140 Parkplätze, benötigt werden allerdings 350.

Durch ein strukturelles Defizit im Jahr 2015, mussten die Parkgebühren angehoben werden, sagte **Herr Dr. Müller** weiter. Dass sich ein Parkhaus lohnt, kann gesteuert werden. Durch den Zoo wurden bereits erste Angebote vom ÖPNV eingeholt; insbesondere darüber, wenn mit jeder verkauften Tageskarte ein Fahrangebot für den öffentlichen Nahverkehr angeboten wird.

Je nach Tarifzonen würden sich für den Bereich für Halle Kosten in Höhe von ca. 180.000 EUR bei aktuell gleichbleibenden Eintrittspreisen ergeben, erklärte **Herr Dr. Müller**. Dies entspricht allerdings nicht der Nutzungsgruppe für den Zoo. Die meisten Besucher kommen aus dem Umland von Halle.

Herr Feigl sah in dem Vorhaben Potential und erhielt den Antrag aufrecht.

Herr Dr. Müller informierte, dass bei einem Individualangebot durch die Verkehrsbetriebe ein Aufschlag von zusätzlich 2 EUR pro Eintrittskarte nötig wäre. Er geht davon aus, dass dies keine Akzeptanz bei den Besucherinnen und Besuchern finden wird. Für die Umsetzung solch einer Aktion fehlen auch die Vertriebswege. Die Kunden müssten mindestens an der Kasse Kenntnis darüber haben, dass es ein Kombiticket gibt.

Herr Schramm regte an, den ÖPNV gemeinsam mit den Einrichtungen der Stadt attraktiver zu gestalten.

Herr Dr. Meerheim bat um EinzelpunktAbstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

EinzelpunktAbstimmung

Punkt 1 → mehrheitlich abgelehnt

Punkt 2 → mehrheitlich abgelehnt

Punkt 3 → einstimmig abgelehnt

Beschlussempfehlung:

1. Die Verwaltung prüft gemeinsam mit der Zoo Halle GmbH und der HAVAG die Einführung eines Kombitickets (ÖPNV- plus Zooticket) vergleichbar mit dem Angebot der Stadt Leipzig.
2. Der Stadtrat spricht sich gegen die Errichtung eines Parkhauses auf dem Gelände des Parkplatzes in der Emil-Eichhorn-Straße aus.
3. Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister an, im Aufsichtsrat des Zoos gegen die weitere Verfolgung des Parkhausprojektes zu stimmen.

zu 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/01768

zu 6.5.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/01969

Herr Feigl führte in den Antrag ein. Dieser zielt darauf ab, eine Diskussionsgrundlage zu bilden. Es soll darum gehen, wie viel mehr an Leistungen die Stadt bekommen kann, wenn diese mehr finanzielle Mittel für die HAVAG zur Verfügung stellt. Als Beispiel nannte **Herr Feigl** die Reaktivierung der Haltestelle am Stadtbad oder die Einführung eines höheren Taktes der Straßenbahnlinien.

Herr Wolter erkundigte sich, ob von dem Antrag städtische Gesellschaften betroffen wären. Dies bestätigte **Herr Geier**.

Zur Einführung eines Kombitickets erklärte **Herr Roesler**, dass dabei der Stadt Mehrkosten entstehen würden; ebenso trifft dies auf die HAVAG zu. Das Landesverwaltungsamt hat sich bereits dahingehend geäußert, dass das Land diese Vorhaben nicht fördern darf, da es sich um zu hohe Beiträge handelt. Bei der Abrechnung beim Land, werden diese gestrichen; volle Fahrzeuge und Bahnen werden nicht berücksichtigt.

Herr Roesler betonte, dass für beide Parteien eine Lösung gefunden werden muss.

Die Verwaltung gibt für den Kernpunkt des Antrages, ohne Festlegung von Prozentzahlen, eine positive Stellungnahme ab, informierte **Herr Stäglin**. Allerdings sollte der Nahverkehrsplan nicht mit einem Überfluss an Informationen überfrachtet werden.

Herr Krause schlug eine Darstellung der Diskrepanzen mit dem Land vor. Potentiellen Möglichkeiten sollte nachgegangen werden, auch von Seiten der Stadträtinnen und Stadträten.

Daraufhin erläuterte **Herr Roesler**, dass ein Gesetz vom Land erlassen wurde, wobei bestimmte Angelegenheiten im Rahmen der Kooperation nicht funktionieren. Auf Grund der höchstrichterlichen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes, dürfen diese strittigen Themen nicht mehr beklagt werden. Sämtliche mögliche Klagewege wurden vom Fachbereich abgeklärt. Kombitickets waren dabei nicht anerkannt; über 2 Mio. Fahrten konnten nicht abgerechnet werden.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass bei einer Gesetzesänderung, eine Klage möglich wäre.

Als Anregung an die Verwaltung, bat **Herr Cierpinski** um Darstellung von erhöhten Zuschüssen als viertes Szenario.

Auf Grund der Diskussionen, stellte **Herr Wolter** im Namen seiner Fraktion einen Änderungsantrag mit folgendem Inhalt:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag wird um folgenden Satz ergänzt:

Weiterhin werden die Bedingungen für die möglichen Kooperationen für die städtischen Gesellschaften mit der HAVAG dargestellt.

Herr Stäglin erläuterte zum vorgehenden Antrag, dass dieser auch bei der Frage des Kombitickets in anderen Gremien keine Mehrheit bekommen hat. Es ist eine politische Entscheidung, ob das Ziel mit entsprechenden Informationen als Ergänzung erreicht werden kann. Er bat noch einmal darum, die Thematik Nahverkehrsplan nicht zu überfrachten. Dieser Plan bildet die Grundlage für das zu bestellende Angebot des ÖPNV und nicht die Tarifproduktstruktur.

Herr Wolter erklärte, dass er aus den genannten Gründen die Thematik Kombiticket nicht in seinen Änderungsantrag aufgenommen hat. Er möchte die Bedingungen für Kooperationen prüfen lassen.

Herr Krause unterstützte das Änderungsbegehren von Herrn Wolter.

Abschließend sagte **Herr Dr. Meerheim**, dass die beklagten Verluste der HAVAG dargestellt werden.

Er bat um Abstimmung des Änderungsantrages und der Beschlussvorlage.

**zu 6.5.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/01969**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
8 Ja Stimmen
1 Nein Stimme
2 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag wird um folgenden Satz ergänzt:

Weiterhin werden die Bedingungen für die möglichen Kooperationen für die städtischen Gesellschaften mit der HAVAG dargestellt.

**zu 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/01768**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt mit Änderungen**

Beschlussempfehlung:

Im Rahmen der Erarbeitung der nächsten Aktualisierung des Nahverkehrsplans der Stadt werden mindestens 3 Szenarien (~~+/-0, +15%, +30% städtischer Zuschuss~~) **mit einem gleichbleibenden sowie unterschiedlich erhöhten städtischen Zuschüssen** zur Weiterentwicklung des ÖPNV in Halle untersucht. Dabei sollen unterschiedliche Leistungsbeschreibungen mit Schätzungen der Kosten und Zuschüsse entwickelt und danach in einem Beteiligungsverfahren mit Bürgerschaft und Politik diskutiert werden.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anreise der Besucher*innen des Zoos und zum geplanten zweiten Parkhaus Vorlage: VI/2016/01902

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Controllingbericht per 31.03.2016

Der Controllingbericht per 31.03.2016 wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Information zur Abrechnung Asylkosten

Herr Geier teilte mit, dass im Juni die quartalsweise Information zur Abrechnung der Asylkosten erfolgt. Zur Abrechnung im Jahr 2015 gibt es noch keinen neuen Stand.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Herr Feigl zum Schlachthof

Auf dem Schlachthof sollte sich mindestens eine städtische Liegenschaft befinden, erklärte **Herr Feigl**. In der Neujahrsansprache des Oberbürgermeisters wurde eine Fortentwicklung des Geländes angekündigt. **Herr Feigl** wollte wissen, welche Maßnahmen geplant sind und wie sich das konzeptionelle Fortgehen gestalten soll (ähnlich Schwemmebrauerei).

Es wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Dr. Meerheim beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Yvonne Merker
Protokollführerin